Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8190**
18. Wahlperiode 22.04.2016

Fragen

für die Fragestunde der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 27. April 2016

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen finanziellen Umfang hat das Programm „Willkommen bei Freunden“, und welche Aufteilung des Budgets ist hier vorgesehen (bitte aufschlüsseln in die Bereiche Personal, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Sonstiges)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen über systematischen Abrechnungsbetrug durch ambulante Pflegedienste hatte die Bundesregierung seit 2010, und welche Maßnahmen hat sie dagegen ergriffen?

3. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Abrechnungsbetrug von ambulanter Intensivpflege, die nach dem SGB V durch ambulante Pflegedienste erbracht wird, zu verhindern?

4. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Seit wann haben nach Kenntnis der Bunderegierung welche staatlichen bzw. im öffentlichen Auftrag tätigen Institutionen Kenntnis von dem jetzt bekannt gewordenen systematisch organisierten Betrug in der Pflege?

5. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen wurde der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, über Verdachtsfälle oder Unregelmäßigkeiten in der Leistungsabrechnung in Pflegeeinrichtungen seit seinem Amtsantritt informiert, und welche Maßnahmen wurden davon ausgehend von der Bundesregierung ergriffen?

6. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum kündigt die Bundesregierung erst nach diversen Presseberichten zum Abrechnungsbetrug durch ambulante Pflegedienste an, dagegen vorzugehen, obwohl der Bericht des Bundeskriminalamtes, in dem diese Betrugsfälle berichtet werden, seit Oktober des letzten Jahres vorliegt?

7. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was soll bei unangemeldeten, anlassbezogenen Kontrollen bei ambulanten Pflegediensten geprüft werden, und wie kann durch solche Kontrollen möglicher Abrechnungsbetrug nachgewiesen werden, vorausgesetzt alle abgerechneten Tätigkeiten sind dokumentiert und abgezeichnet, auch wenn sie möglicherweise gar nicht erbracht wurden?

8. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit wird sich das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) als zuständige Behörde für die Prävention von Erkrankungen wie Krebs – anders als bisher (vgl. „Der nicht zuständige Ungesundheitsminister“, taz.die tageszeitung vom 18. April 2016) – dafür einsetzen, dass die Abstimmung zur Erneuerung der Glyphosat-Zulassung auf europäischer Ebene, die für Mai 2016 angekündigt ist, gestoppt wird, bis die Europäische Chemikalienagentur ECHA und die WHO-Pestizidexperten vom Joint Meeting on Pesticide Residues (JMPR) ihre Bewertung zur gesundheitlichen Bedenklichkeit von Glyphosat für die menschliche Gesundheit vorgelegt haben, und wie ernst nimmt das BMG die Warnungen der WHO-Experten, die Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend einschätzen?

9. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bedeutung misst das BMG dem Krebsforschungszentrum (IARC) der Weltgesundheitsorganisation hinsichtlich der Identifizierung von Ursachen, die zu Krebs führen, der weltweiten Überwachung des Auftretens von Krebs, der Aufklärung der Mechanismen der Krebsentstehung und der Entwicklung wissenschaftlicher Strategien zur Krebsbekämpfung bei, und inwieweit fließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse des IARC in die Positionsfindungen des BMG bezüglich eines Verbos von Glyphosat ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

10. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen finanziellen Anreizen will die Bundesregierung den Kauf von Elektroautos fördern, und wie soll die öffentliche Beschaffung von Elektrofahrzeugen gefördert werden?

11. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Ist es zutreffend, dass die mit der VW-internen Aufklärung des Abgasskandals beauftragte Kanzlei Jones Day „im Dezember das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)“ beauftragte, „den Motor V6 TDI genauestens unter die Lupe zu nehmen“ und „die Flensburger Behörde ihrerseits (...) es Audi“ überließ, „seine eigenen Autos zu testen“ („Vorsprung durch Technik“, Handelsblatt vom 20. April 2016), und wenn ja, mit welcher Begründung wurde Audi diese Prüfung überlassen?

12. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Unter welchen Bedingungen ist die Verwendung sogenannter Abschalteinrichtungen nach Auffassung der Bundesregierung illegal (bitte ggf. unter Angabe von Rechtsgutachten ausführen), und welche Sanktionen prüft die Bundesregierung für die Hersteller von Fahrzeugen, bei denen im Rahmen der Nachprüfungen des Kraftfahrt-Bundesamtes (vgl. ebd.) im Vergleich zu den im Rahmen der Typenzulassung ermittelten Abgasemissionen im Realbetrieb erhöhte Auspuffemissionen festgestellt wurden (bitte begründen)?

13. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann ist der Bundesregierung bzw. dem Kraftfahrt-Bundesamt bekannt, dass Fahrzeuge mehrerer Hersteller den Schadstoff Stickoxid bei niedrigen Temperaturen stärker in die Luft ausstoßen, und welche konkreten Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um das Problem der „Thermofenster“ und illegalen Praxis der Abschaltung der Abgasreinigungssysteme – zuletzt durch ein von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Auftrag gegebenes Gutachten von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages als illegal bezeichnet – zu beheben (bitte unter Angabe des Zeitplans)?

14. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist die Zahl der Leihbeamten im Bundesverkehrsministerium in den Abteilungen L (B), LA (BN) und G (B) in den vergangenen acht Jahren gewesen (bitte nach einzelnen Jahren aufschlüsseln), und aus welchen Unternehmen/Verbänden/Institutionen kamen die Leihbeamten jeweils?

15. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung, die Fahrrinne zur Anbindung des Hafens Rostock entgegen dem im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans genannten geplanten Tiefgang von 15,80 Metern Wassertiefe (14,30 Meter Tiefgang) auf 16,50 Meter Wassertiefe zu erhöhen (bitte veränderte Auswirkungen auf das Nutzen-Kosten-Verhältnis benennen), und inwieweit sichert dies die Bundesregierung gemäß der Presseberichterstattung gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern bereits zu (vgl. www.verkehrsbrief.de vom 19. April 2016)?

16. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern ist es notwendig, das Bundesschienenwegeausbaugesetz nachträglich zu ändern, um die voraussichtlich erst 2017 vollständig bewerteten Projekte des sogenannten Potentiellen Bedarfs umsetzen zu können, da die Ausbaugesetze für Projekte des Bundesverkehrswegeplans 2030 noch im Jahr 2016 verabschiedet werden sollen?

17. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Bis wann wird der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur das von ihm angekündigte Wassertourismuskonzept vorlegen (siehe Pressemitteilung des BMVI vom 3. September 2015), und inwieweit werden in diesem Konzept auch Fragen zur Entwicklung des Wassertourismus auf der Oberelbe berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

18. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um die Umsetzung des Vorhabens Staustufe Děčín in der Tschechischen Republik zu verhindern, wenn die Befürchtungen der Bundesregierung hinsichtlich der Auswirkungen auf den Gewässerschutz, den Natur- und Artenschutz für den deutschen Teil der Oberelbe stimmen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/8191), und inwieweit wird sie von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen?

19. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte plant die Bundesatomaufsicht im Zusammenhang mit den seit dem 13. April 2016 öffentlich bekannt gewordenen wiederkehrenden Prüfungen in deutschen Atomkraftwerken, deren Durchführung nur vorgetäuscht wurde (ggf. bitte auch mit Zeitbedarfs-/Zeitschienenangabe; zu den Vorgängen siehe beispielsweise taz.die tageszeitung vom 16. April 2016 und STUTTGARTER ZEITUNG vom 19. April 2016), und ist dabei insbesondere eine bundesaufsichtliche Abfrage bei den Landesatomaufsichtsbehörden hinsichtlich möglicher weiterer Fälle in allen deutschen Atomkraftwerken oder zumindest eine bundesaufsichtliche Vorgabe für derartige Abfragen zwecks eines einheitlichen Vorgehens/Prüfmaßstabs geplant (bitte mit Begründung)?

20. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann genau wurden die Rückmeldungen der Landesatomaufsichtsbehörden zu den Empfehlungen der Reaktor-Sicherheitskommission zu den Brennelementverformungen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Auswertung an die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und das Physikerbüro Bremen weitergegeben (Kalenderdatum bitte), und welche voraussichtliche Laufzeit wird diese Auswertung haben (hilfsweise bitte eine ungefähre Angabe machen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

21. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung die Ausführungsverordnung zu § 14a EnWG (§ 21i Absatz 1 Nummer 9 EnWG) vorlegen, und wird die Bundesregierung weiterhin daran festhalten, mobile Energiespeicher mit Netzentgelten und der EEG-Umlage zu belegen?

22. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Rechtsauffassung vertritt die Bundesregierung in Bezug auf die Anwendbarkeit des Energiecharta-Vertrags, der von Russland zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert wurde, im Fall der Schadensersatzforderung aufgrund der Zerschlagung des Yukos-Konzerns (siehe Urteil eines niederländischen Bezirksgerichts, Süddeutsche Zeitung vom 21. April 2016, Seite 7), und durch wen werden nach Kenntnis der Bundesregierung letzten Endes Streitfälle über die Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit von Schiedsgerichten geklärt?

23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche weiteren (z. B. politischen) Risiken sieht die Bundesregierung neben der rechtlichen Unklarheit, für den Fall einer vorläufigen Anwendung von Handelsverträgen, und welche Punkte hat die Bundesregierung bislang in Bezug auf das niederländische Votum zum EU-Ukraine-Abkommen sowohl bilateral mit den Niederlanden als auch in EU-Gremien adressiert?

24. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher finanziellen Gesamthöhe sind jeweils in den Jahren 2010 bis 2015 den Firmen Heckler & Koch, SIG SAUER, Oberland Defence, Carl Walther andere Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen erteilt worden, als die, die die Bundesregierung in ihren jährlichen öffentlichen Berichten über ihre Genehmigungspolitik erfasst hat, und welche Angaben macht die Bundesregierung zur jeweiligen Art der gelieferten Waffen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Bis wann wird die Bundesregierung verbindlich erklären, in welchem Zeitraum sie die verschiedenen Teile des „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ beschließt und konkret umsetzen will (angekündigt für vor der parlamentarischen Sommerpause 2016 u. a. vom Leiter des Arbeitsstabs Wirtschaft und Menschenrechte im Auswärtigen Amt unter http://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/meldung/deutsche-auslandsinvestitionen-menschenrechtsexperten-fordern-klare-auflagen/), und kann die Bundesregierung bestätigen, dass die sechs Arbeitsgruppen des Textilbündnisses im Oktober 2016 definitiv die individuellen Pläne der Unternehmen für konkrete Verbesserungsziele und Zeitrahmen vorlegen werden, wie es der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, angekündigt hat (epd vom 21. April 2016, „Fortschritte in Textilfabriken in Asien gefordert – Vor drei Jahren stürzte das Fabrikhochhaus Rana Plaza ein“)?

26. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung hat das Auswärtige Amt in seinen Reisewarnungen für die Türkei unter der Rubrik „Besondere strafrechtliche Vorschriften“ die Empfehlung „Es wird dringend davon abgeraten, in der Öffentlichkeit politische Äußerungen gegen den türkischen Staat zu machen bzw. Sympathie mit terroristischen Organisationen zu bekunden“ hinzugefügt (https://mopo24.de/nachrichten/boehmermann-erdogan-tuerkei-urlauber-reisewarnung-67202), und inwiefern sieht die Bundesregierung eine aktuelle Bedrohung der Einschränkung der Privatsphäre für Türkeireisende?

27. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit bedeutet der Umstand, dass die Bundesregierung in ihren aktualisierten Reise- und Sicherheitshinweisen für die Türkei in der Rubrik „Besondere strafrechtliche Vorschriften“ davon abrät, „in der Öffentlichkeit politische Äußerungen gegen den türkischen Staat zu machen“, dass nach ihrer Auffassung jedwede Kritik gegenüber Verfassungsorganen der Türkei (Präsident, Regierung, Parlament etc.) in der Türkei strafrechtlich relevant ist, und inwieweit bedeutet nach

Kenntnis der Bundesregierung die Kritik an dem Vorgehen des Militärs in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten im Südosten der Türkei, „Sympathie mit terroristischen Organisationen zu bekunden“ (www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/TuerkeiSicherheit.html)?

28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass dem Leiter des ARD-Fernsehstudios in Kairo, Volker Schwenk, die Einreise in die Türkei verweigert wurde, weil er auf dem Weg zu einer Reportage über Flüchtlinge im türkisch-syrischen Grenzgebiet war (www.fr-online.de/politik/in-istanbul-festgehaltener-ard-korrespondent-wieder-in-kairo,26577298,34104900.html), bei der er Informationen hätte gewinnen können, dass die Türkei nach Auffassung von Amnesty International kein „sicherer Drittstaat“ sei, unter anderem, weil sie mit Massenabschiebungen von Männern, Frauen und Kindern in Gruppen von bis zu 100 Personen nach Syrien gegen internationales Recht verstoße (www.welt.de/politik/ausland/article153867110/Amnesty-wirft-Tuerkei-Abschiebung-von-Kindern-vor.html), und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um gegen die Einreiseverweigerung zu protestieren, beispielsweise die Einbestellung des türkischen Botschafters, die Abgabe einer Protestnote an die Türkei oder im Rahmen eines Telefongesprächs der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit ihrem türkischen Amtskollegen?

29. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Haben sahrauische Volkszugehörige, die dauerhaft im von Marokko besetzten Gebiet der Westsahara leben, nach Kenntnis der Bundesregierung die marokkanische Staatsangehörigkeit, sodass sie von der geplanten Bestimmung Marokkos zum sicheren Herkunftsstaat betroffen wären (vgl. Bundestagsdrucksache 18/7928, Seite 3), und welche Staatsangehörigkeiten haben nach Kenntnis der Bundesregierung die dauerhaft im von Marokko besetzten Gebiet der Westsahara lebenden anderen Menschen (bitte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung unter Berücksichtigung etwaiger Staatenloser angeben)?

30. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob im Januar 2016 in Sidi Bouzid (Tunesien) Minderjährige im Anschluss an politische Demonstrationen verhaftet, mehrere Wochen gefangen gehalten und dabei gefoltert wurden, und wie fließen solche staatlichen Handlungen in die Einstufung Tunesiens als „sicherer Herkunftsstaat“ ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

31. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die kritische Bewertung des Bundesministers des Innern der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Ermittlungsbefugnissen des Bundeskriminalamtes vom 20. April 2016, diese erleichtere nicht den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, was nach dieser Meinung offenbar Aufgabe der Rechtsprechung sein soll, und auf welche Punkte und Passagen des Urteils des Gerichts wird diese Bewertung gegebenenfalls bezogen bzw. gestützt?

32. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Details kann die Bundesregierung zur Verbesserung des „Informationstechnischen Erkenntnisaustausches“ durch die informelle Geheimdienstgruppe „Counter Terrorism Group“ (CTG) mitteilen, die laut der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7930 in Den Haag eine operative Plattform zum „Informationsaustausch auf multilateraler Basis“ in Echtzeit einrichtet und ein Zentrum betreiben will, in dem „von den CTG-Diensten entsandte Verbindungsbeamte“ den Austausch „operativer Erkenntnisse“ zunächst im Phänomenbereich Islamistischer Terrorismus „vereinfachen und beschleunigen“ (bitte mitteilen, wann und wo die Plattform eingerichtet wurde bzw. wird und wer daran teilnimmt), und was ergab die Kontaktaufnahme der CTG „mit relevanten Akteuren wie EUROPOL“, um „Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zu sondieren“?

33. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum schließt die Ankündigung der Bundesregierung, im Rahmen des geplanten Integrationsgesetzes die „erleichterten Ausbildungsangebote für Menschen mit guter Bleibeperspektive sowie Orientierungskurse bei schlechterer Bleibeperspektive [zu] regeln“ (www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/04/2016-04-14-pressekonfernz-merkel.html), nicht auch den erleichterten Zugang zu intensiver Sprachvermittlung und fachlicher Berufsorientierung und -vorbereitung für alle Asylberechtigten und anerkannten jungen Flüchtlinge sowie Asylbewerber oder Geduldeten mit Arbeitsmarktzugang ein, obwohl dies in der Erklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesagentur für Arbeit und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks zur gemeinsamen Initiative „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ (www.bmbf.de/files/Erklaerung-BMBF-BA-ZDH-Ausbildung-Fluechtlinge.pdf) als zentrale Voraussetzung bezeichnet wird, damit es gelingt, junge Menschen mit Fluchthintergrund an das duale Ausbildungssystem heranzuführen, und wie unterstützt die Bundesregierung Asylbewerber und Geduldete mit Arbeitsmarktzugang stattdessen bei der Aufnahme einer Berufsausbildung?

34. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen und Erwägungen übernimmt die Bundesrepublik Deutschland angesichts der extremen Notlage Asylsuchender in Griechenland (vgl. www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-21-04-2016/gestrandet-in-griechenland-eu-versagt-tausenden-fluechtlingen-versprochene-hilfe.html) nicht sofort zumindest so viele Flüchtlinge, wie sie nach dem EU-Umverteilungsbeschluss zur Entlastung Griechenlands und Italiens aus dem letzten Jahr ohnehin aufzunehmen hätte, und inwieweit können die Bundesregierung bzw. ihr nachgeordnete Bundesbehörden die Berichte über massive Probleme beim Zugang Schutzsuchender zum griechischen Asylsystem bestätigen, nach denen eine Vorsprache bei der griechischen Asylbehörde nur durch einen Skype-Anruf organisiert werden kann, was aber in der Praxis oftmals nicht möglich ist (a. a. O., bitte so ausführlich wie möglich beantworten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

35. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit finden das Recht auf gewaltfreie Erziehung sowie die Rechte der UN-Behindertenrechtskonvention ihren Niederschlag in den aktuell gültigen rechtlichen Regelungen zu freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen bei der Betreuung von Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung (Hintergrund: Berichterstattung „Blackbox Heim“ des Bayerischen Rundfunks vom 6. April 2016, in dem die Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung und die Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen in verschiedenen Heimen dargestellt wird)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

36. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie berechnet bzw. veranschlagt die Bundesregierung die mutmaßlichen Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen für das Jahr 2016 vor dem Hintergrund, dass die Bundesländer vom Bund diesbezüglich eine mindestens hälftige Kostenbeteiligung in Höhe von etwa 12 Mrd. Euro erwarten (www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-ansiedlung-101.html; bitte so genau wie möglich auch unter Darlegung der jeweiligen Grundannahmen notwendiger Schätzungen auflisten), und inwieweit wird bei solchen Berechnungen berücksichtigt, dass sich diese Mehrausgaben nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung zu einem nennenswerten Teil selbst finanzieren, weil sie für mehr Wirtschaftswachstum und höhere Steuereinnahmen sorgen, was im nächsten Jahr bereits zu 50 Prozent der Fall sei (a. a. O.)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

37. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung, im Rahmen der Reform des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes (RBEG), die Ungleichbehandlung von erwerbsgeminderten über 25-jährigen Personen gegenüber erwerbsfähigen Menschen zu beseitigen, die dadurch entsteht, dass ihnen unterschiedliche Regelbedarfe zugesprochen werden, wenn sie mit anderen Personen in einem Haushalt leben?

38. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung im letzten statistisch erfassten Jahr aus der Arbeitslosigkeit in die Altersrente übergegangen (bitte in absoluten Zahlen und anteilig an allen in diesem Jahr in Altersrente Übergegangenen angeben)?

39. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung im letzten statistisch erfassten Jahr mit Abschlägen in Altersrente gegangen (bitte in absoluten Zahlen und anteilig an allen in diesem Jahr in Altersrente Übergegangenen angeben, sowie bitte nach Abschlägen von mehr 3,6 Prozent, 7,2 Prozent, 10,8 Prozent, 14,4 Prozent und 18 Prozent aufschlüsseln)?

40. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Wie ist die Vorhabenplanung zum Bundesteilhabegesetz, und wann wird der Referentenentwurf in die Verbändebeteiligung gegeben?

41. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen und gleichzeitigem Pflegebedarf Leistungen der Eingliederungshilfe (persönliche Assistenz) und Pflegeleistungen (pflegerische Unterstützung) gleichberechtigt nebeneinander in Anspruch nehmen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tötung von vier Demonstranten durch UN-Blauhelme in Kidal am 18. April 2016 und die darauffolgenden Proteste gegen MINUSMA in der Stadt (www.taz.de/!5293253/), insbesondere angesichts der Äußerung der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, es müsse für die malische Bevölkerung erfahrbar sein, dass es ihr ohne die Islamisten besser gehe, und genau darum gehe es bei diesem MINUSMA-Mandat (www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYuxCsMwDET_SLKhZOgWEyhdu7TpUpxYGEFsB0VJI3587SF38OB4HL6xNvuDo1cu2S_4wnHm6_SFKR0REmfellT3BIHkc24QCpTx2e6BYC6ZtFEpK1dG8VoE1iK6NLOLVAMccDR2cMaaM_bXd11_c_Zih7t74JpS_wdV4jc4/), und welche Konsequenzen hat dieser Vorfall für die Strategie der Bundeswehr im Rahmen ihres MINUSMA-Mandats, das erst vor kurzem ausgeweitet wurde?

43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

In welchen genauen Seegebieten erfolgt die Seeraumüberwachung durch den NATO-Verband Standing NATO Maritime Group 2 (SNMG 2) gegen Fluchthelfer in der Ägäis (bitte auch mitteilen, wenn bestimmte Seegebiete zwar zur Überwachung vorgesehen sind, diese aber, wie mir bekannt, vor den griechischen Inseln Samos, Kos und Leros von der Türkei oder Griechenland noch nicht gestattet wurde), und wie viele „verdächtige“ Schiffsbewegungen wurden seit Bestehen der NATO-Mission in jedem Monat an die zuständigen griechischen und türkischen Behörden (mutmaßlich die Küstenwachen) gemeldet?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333